parlamentsreport

Ausgabe
Nr. 14 – 2019

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

2 Buchvorstellung: Rückhaltlose Aufklärung?

3 Pressegespräch: Nach der Campustour

4 Auslosung: Frauenfußball-WM-Wette

5 Urlaub: Zuschüsse für Alleinerziehende

Kommentar

Widersetzen

Foto: ©Lionel C. Bendtner

Von Susanne Hennig-Wellsow
Fraktionsvorsitzende

Die Staatsanwaltschaft Erfurt hat beim Landtag die Aufhebung meiner Immunität und der meines Fraktionskollegen Christian Schaft beantragt. Hintergrund ist eine Strafanzeige der AfD im Zusammenhang mit ihrem Aufzug durch Erfurt am 1. Mai 2019. Diese fühlte sich offenbar in ihrer „Machtdemonstration“ gestört und betrachtete das kurze Auf-der-Straße-sitzen von wenigen LINKE-Abgeordneten als Ursache ihres Misslingens. Nun sieht sie einen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz und Nötigung.
In Erfurt demonstrierte am 1. Mai der vom Verfassungsschutz unter Beobachtung stehende extrem rechte Flügel der AfD. Björn Höcke und Alexander Gauland demonstrierten gemeinsam mit der „Identitären Bewegung“ und anderen extremen Rechten gegen ein offenes Europa, gegen Menschlichkeit, gegen eine demokratische Gesellschaft. Der Widerstand gegen den Aufmarsch einer Partei mit faschistischer Grundhaltung und einer Vielzahl extrem rechter Mitglieder in ihren Reihen ist für uns eine innere Pflicht. Dass auch heute noch Faschisten über die Straßen ziehen dürfen, ist gerade in Deutschland mit seiner grausamen und verheerenden Geschichte katastrophal. Wir nehmen das nicht hin und rufen dazu auf, sich jedem Rückfall in dunkle Zeiten unserer Gesellschaft zu widersetzen.
Wir werden den Justizausschuss bitten, der Aufhebung unserer Immunität zuzustimmen. Es muss für jeden und jede möglich sein, mit zivilem Ungehorsam gegen Nazis zu protestieren. Am selben Tag haben in Erfurt 10.000 Menschen mit einem kulturvollen Fest „Zusammenstehen“ gegen die AfD und ihre extrem rechten Umtriebe demonstriert.

Entlastung gefordert

Uniklinik: Petition und Druck der Beschäftigten zeigen offenbar Wirkung

Wie die Gewerkschaft ver.di informierte, hat am 18. Juli ein Sondierungsgespräch mit dem Vorstand der Uniklinik Jena über Verhandlungen zur Entlastung der Beschäftigten stattgefunden. Diese stünden zwar noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Verwaltungsrates, „aber wir steigen endlich ein“, sagte Bernd Becker, Verhandlungsführer für ver.di und Landesfachbereichsleiter für den Bereich Gesundheitswesen. „Die Petition und der Druck der über 1.300 Beschäftigten haben gewirkt.“

Am 3. Juli hatten Beschäftigte vom Universitätsklinikum Jena (UKJ) am Landtag in Erfurt den Koalitionsfraktionen die Petition „Jenas letzte Gefährdungsanzeige“ überreicht, in der sie im Rahmen eines Tarifvertrages Entlastung noch vor den Landtagswahlen fordern. Mit 1.048 Unterschriften hatte auch die große Mehrheit der Pflegekräfte des UKJ die Petition unterzeichnet.

Außerdem schlossen sich über 200 Beschäftigte aus der Küche, dem Patiententransport, der Cafeteria und weiteren nicht-pflegerischen Bereichen der Forderung nach Entlastung an. Auch zahlreiche Auszubildende sind unter den Unterzeichnern.

„Wir laufen seit Jahren am Limit. Wir sehen sowohl die Klinikumleitung, als auch die Regierung in der Verantwortung zu handeln. Eine gute Patientenversorgung kann nur durch ein gutes Pflegekraft-Patienten-Verhältnis gewährleistet werden“, sagt Christoph Feetz, Gesundheits- und Krankenpfleger am UKJ.

Foto: LINKE Solidaritätsaktion in Jena am 4. Juli zur Petition „Jenas letzte Gefährdungsanzeige für verbesserte Arbeitsbedingungen am Universitätsklinikum“. In ihrer kurzen Rede auf dem Markt betonte die Landtagsabgeordnete Gudrun Lukin die Unterstützung für die Forderungen des Pflegepersonals. Mit dabei u.a. Ralph Lenkert, MdB, Lena Saniye Güngö, Philip Gliesing, Stadtratsfraktion, Mario Hesselbarth, Landesvorstand.

LINKE fordert Aufklärung

Offene Fragen nach Todesfall eines Algeriers in Erfurt

„Der Mann hätte nach der Anordnung der Staatsanwaltschaft unmittelbar freigelassen werden müssen“, kommentierte Sabine Berninger, Sprecherin für Flüchtlingspolitik und Mitglied des Justizausschusses des Thüringer Landtags, den Todesfall eines Algeriers, der nach seiner Ingewahrsamnahme in der Dienststelle der Bundespolizei am Erfurter Hauptbahnhof und einem Notarzteinsatz am 20. Juli im Helios-Klinikum verstorben war.

Womöglich komme der Tatbestand der Freiheitsberaubung infrage, möglicherweise auch unterlassene Hilfeleistung durch Wegnahme der Medikamente (der 32jährige hatte Drogenersatz-Medikamente bei sich). Die Bundespolizei dürfe jemanden nicht einfach in Gewahrsam behalten, bloß weil er gerade fest schlafe. Offenbar habe es sich auch nicht lediglich um Minuten, sondern um Stunden gehandelt. „Ich bin froh, dass die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen zu diesem Todesfall aufgenommen hat, werde aber im Justizausschuss auf Aufklärung auch anderer als der strafrechtlich relevanten Fragen drängen“, sagte Sabine Berninger.

So sei zum Beispiel die Frage zu stellen, ob der Mann über seine Rechte und die ihm zur Last gelegten Vorwürfe aufgeklärt und nach der Notwendigkeit der Medikamenteneinnahme gefragt wurde. „Und zwar in einer Sprache, die er verstehen und in der er sich verständlich machen kann. Ich möchte wissen, ob ein*e Dolmetscher*in hinzugezogen wurde oder zwingend hätte hinzugezogen werden müssen“, so die Abgeordnete.

Nicht erst seit dem Todesfall in einer Zelle in Kleve 2018, als ein aufgrund einer Verwechslung unschuldig Inhaftierter Opfer eines Brandes wurde, sind die strukturellen Mängel im System – z.B. der Umgang der Polizei mit nichtdeutschen Tatverdächtigen betreffend – offenbar, die nicht selten institutionellen Rassismus vermuten lassen“, erinnerte die LINKE-Politikerin an Oury Jalloh aus Sierra Leone (gestorben 2005 in Dessau) und Amed Amed aus Syrien.

Soziale Kluft ist nach wie vor hoch

Armutsgefährungsquote: Zu den neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes

Karola Stange, sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion, nimmt Bezug auf die neuesten Zahlen des statistischen Bundesamtes, wonach das Armutsrisiko in Thüringen in den vergangenen Jahren zurückgegangen ist. Mit 16,5 Prozent lag die Armutsgefährdungsquote unter dem ostdeutschen Durchschnitt von 17,5 Prozent.

„Diese Entwicklung ist natürlich zu begrüßen, kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die soziale Kluft zwischen Ost und West nach wie vor hoch ist“, sagte die Abgeordnete und verwies darauf, dass in Ostdeutschland die Armutsquote um 2,5 Prozent höher liegt. Dies sei 30 Jahre nach der Wende ein „bundespolitisches Armutszeugnis“.So stehe noch immer die vollständige Rentenangleichung aus, „sind hier auch 17 DDR-Sonder- und Zusatzversorgungssysteme betroffen. Ebenso warten die in der DDR geschiedenen Frauen Jahr um Jahr auf Rentengerechtigkeit. Amutsrenten sind die bittere Folge von langjähriger Niedriglohnpolitik und prekärer Beschäftigung. Daher ist eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns unbedingt notwendig“, so Karola Stange.

Mehr als jede zweite Altersrente in Deutschland liegt unter 900 Euro. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Sabine Zimmermann (LINKE) hervor. 58,6 Prozent der Renten lagen im vergangenen Jahr unter 1.000 und 70,8 Prozent unter 1.200 Euro. Ina Leukefeld, LINKE Abgeordnete im Thüringer Landtag, unterstützt das Anliegen einer Grundrente bzw. Mindestrente. Diese müsse jedoch „armutsfest und ohne Bedürftigkeitsprüfung“ sein. Die Arbeitspolitikerin unterstrich: „Nötig ist der Kampf um höhere Löhne und eine Grundsicherung, um Altersarmut zu verhindern.“

Foto: ©Linksfraktion Thüringen

Behindertenpolitik

Gestärkt

Das Land Thüringen fördert Kommunen bei der Errichtung von hauptamtlichen Behindertenbeauftragten. Mit dem jüngst beschlossenen Thüringer Gesetz zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und den im Landeshaushalt auch für das kommende Jahr eingestellten Mitteln sind die gesetzlichen und finanziellen Grundlagen dafür geschaffen. Nun sollten die Kommunen auch die Möglichkeiten nutzen und die Landesgelder abrufen.
Mit dem neuen Gesetz, der Verpflichtung, Maßnahmenpläne zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in den Landkreisen und kreisfreien Städten zu entwickeln, und der Stärkung der Position der kommunalen Behindertenbeauftragten sind weitere Punkte aus dem rot-rot-grünen Koalitionsvertrag umgesetzt.
In allen 23 Landkreisen und kreisfreien Städten in Thüringen können die Personalkosten für Behindertenbeauftragte gefördert werden. Anträge gestellt haben bisher der Unstrut-Hainich-Kreis, der Ilm-Kreis, die Landkreise Altenburger Land und Schmalkalden-Meiningen sowie Weimar, Jena und Gera. Eine Antragstellung noch für das Jahr 2019 ist möglich. Kommunale Behindertenbeauftragte haben vielfältige Befugnisse und Aufgaben, die sie als Interessenvertreter der Menschen mit Behinderung vor Ort ausfüllen.

Karola Stange, Sprecherin für Behindertenpolitik der Linksfraktion

Staatsversagen offenkundig

Buchvorstellung: Geheimdienste und Untersuchungsausschüsse

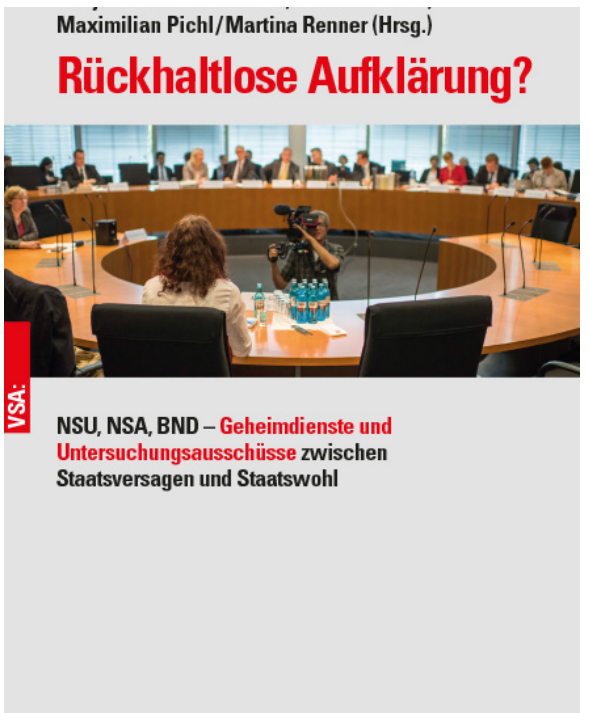
Der Untersuchungsausschuss gilt als „scharfes Schwert“ der parlamentarischen Aufklärung und Kontrolle, kann er doch durch Beweisanträge beispielsweise die Vorlage von Akten verlangen und Zeugen vernehmen.Doch wie scharf ist dieses Schwert wirklich? Dieser Frage geht das Buch „Rückhaltlose Aufklärung? NSU, NSA, BND - Geheimdienste und Untersuchungsausschüsse zwischen Staatsversagen und Staatswohl“ nach.

Zur Buchvorstellung mit Diskussion fand kürzlich eine Veranstaltung im Thüringer Landtag statt mit Benjamin-Immanuel Hoff, Chef der Staatskanzlei, Martina Renner, LINKE Bundestagsabgeordnete - beide gehören zu den Herausgebern des Buches -, sowie Katharina König-Preuss, LINKE Thüringer Landtagsabgeordnete. Letztere ist auch zusammen mit den Landtagsabgeordneten Dorothea Marx (SPD) und Madeleine Henfling (B90/Grüne) mit einem Beitrag zu ihren Erfahrungen als Obfrauen in NSU-Untersuchungsausschüssen vertreten.

Im Fokus des im VSA-Verlag erschienenen Buches stehen die NSU-Untersuchungsausschüsse im Bundestag und in ausgewählten Landesparlamenten sowie der NSA-Untersuchungsausschuss des Bundestages. JournalistInnen, JuristInnen und ParlamentarerierInnen füllen mit ihren Texten eine wichtige Lücke, um die Hintergründe des offenkundigen Staatsversagens aufzuhellen. Sie stärken damit denjenigen den Rücken, die das Anliegen rückhaltloser Aufklärung mit einem langen Atem verfolgen.

So kündigte Katharina König-Preuss angesichts des bevorstehenden Abschlusses des zweiten NSU-Untersuchungsausschusses in Thüringen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Rechtsterroristische Strukturen“ in der kommenden Legislatur an. Es konnten nicht alle Fragen geklärt werden und vor allem haben sich über den NSU-Komplex hinaus längst weitere rechtsmilitante Strukturen auch in Thüringen etabliert.

In der Diskussion bei der Buchvorstellung hatte die Landtagsabgeordnete auf den hohen gesellschaftlichen Druck nach der Selbstenttarnung des NSU verwiesen: der erste Untersuchungsausschuss im Landtag hatte noch alle Akten seit 1990 ungeschwärzt zur Verfügung gestellt bekommen. „Seit 2014 ist die Situation anders“, so Katharina König-Preuss.



Diesen gesellschaftlichen Druck gebe es nicht mehr, und mit Blick auf die V-Leute sei eine regelrechte Abstumpfung eingetreten.

Am Ende der Einleitung zum Buch heißt es: „Mehr als acht Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU-Kerntrios und wenige Jahre nach dem Breitscheidplatz-Anschlag sind Geheimdienste und Strafverfolgungsbehörden ganz offensichtlich zum ‚business as usual‘ übergangen. Denn nicht nur ist die Anzahl politisch rechts, rassistisch und antisemitisch motivierter Straf- und Gewalttaten so hoch wie seit den frühen 1990er Jahren nicht mehr. Jeden Tag ereignen sich mindestens drei bis vier rechte, rassistische und antisemitische Gewalttaten.

Die Ermittlungen zu den Todesdrohungen gegen die NSU-Nebenklagevertreterin Seda Başay-Yildiz durch eine Gruppe ‚NSU2.0‘, die zu einem Netzwerk extrem rechter Polizeibeamter in Frankfurt am Main führten, die journalistischen Recherchen zu extrem rechten Netzwerken in der Bundeswehr und die schon fast vergessene illegale Veröffentlichung eines Haftbefehls für einen inzwischen nicht mehr tatverdächtigen Asylsuchenden im Zusammenhang mit dem gewaltsamen Tod von Daniel H. in Chemnitz durch einen sächsischen Justizbeamten machen vor allem eines deutlich: Die gesellschaftliche Polarisierung geht auch mit der Gefahr einer gefährlichen Entdemokratisierung von Teilen der Exekutive einher.“

Benjamin-Immanuel Hoff/Heike Kleffner/Maximilian Pichl/Martina Renner (Hrsg.): „Rückhaltlose Aufklärung? NSU, NSA, BND - Geheimdienste und Untersuchungsausschüsse zwischen Staatsversagen und Staatswohl“. Hamburg, 2019. 272 Seiten, EUR 19.80, ISBN 978-3-89965-791-3

Nach der Campustour

Christian Schaft wollte wissen, wie das neue Hochschulgesetz wirkt

Auf Campustour an allen Thüringer Hochschulstandorten war Christian Schaft, der wissenschafts- und hochschulpolitische Sprecher der Linksfraktion. Bei seiner Rundreise – zusammen mit dem Jugendwahlkreisbüro RedRoXX - wollte er vor allem wissen, wie das neue Thüringer Hochschulgesetz umgesetzt wird und was sich unter Rot-Rot-Grün geändert hat, was gut läuft und wo es hakt.

Im Pressegespräch informierte Christian Schaft (im Foto mit Pressesprecherin Diana Glöckner) über die Ergebnisse seiner Campustour. Bei den Gesprächen mit den Hochschulleitungen, Studierendenvertretungen, Mittelbauinitiativen, Personalräten und verschiedenen anderen Akteur*innen sei deutlich geworden, dass die Hochschulen die gesellschaftlichen Herausforderungen im Blick haben. „Es gibt eine Fülle an beeindruckenden Ideen für die Entwicklung der Hochschulstandorte und ihre nationale wie internationale Einbindung."

Christian Schaft ging beim Pressegespräch auf verschiedene Schwerpunkte ein, die hier nur kurz angeschnitten werden können: Das neue Thüringer Hochschulgesetz wurde begrüßt, vor allem die nun paritätisch besetzten Gremien. Die Umsetzung der Regelungen wird dennoch unterschiedlich bewertet. So hängen neun von zehn Hochschulen bei der Einführung der Entscheidungsgremien zur Verwendung der eingenommenen Gelder bspw. aus Langzeitstudiengebühren hinterher. Bisher hat nur die TU Ilmenau dieses Gremium eingesetzt.

Mit dem Auslaufen der Entflechtungsmittel des Bundes sind auch im Bereich Hochschulbau und Digitalisierung Herausforderungen zu stemmen, die weitere Investitionen notwendig machen. Dabei ist eine stärkere Verantwortung des Bundes bei der Bewältigung von Neubaumaßnahmen, Sanierung von Lehrgebäuden und dem Ausbau der digitalen Infrastruktur notwendig. Kritisiert wurde, dass die aktuell zu verhandelnde

Rahmenvereinbarung einen verengten Fokus auf den Bereich der Fachkräftegewinnung bei Lehrer*innenbildung und Ingenieurswissenschaften hat. Auch in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Soziales und öffentliche Verwaltung wollen und können die Thüringer Hochschulen einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftegewinnung leisten.

Die Ankündigung von bis zu 300 Dauerstellen für Thüringen wurde positiv aufgenommen. Nun muss frühzeitig ein zwischen den Hochschulen und dem Land abgestimmter Plan aufgestellt werden, wie durch Entfristung oder Neueinstellungen mit den zusätzlichen Bundesmitteln bedarfsgerecht und zielgenau die Lehre an den Thüringer Hochschulen unterstützt werden kann. Eine Verteilung der Mittel allein nach der Größe der Hochschule wurde abgelehnt.

Auch wenn der Anteil der Professor*innen in den vergangenen Jahren in Thüringen langsam gestiegen ist, bleibt zu konstatieren, dass gerade einmal jede fünfte Professur von einer Frau besetzt ist. Die „gläserne Decke" in der Wissenschaft ist und bleibt trotz vieler Instrumente auch in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen und im Hochschulgesetz ein Problem, das nur langsam aufgebrochen wird.

Einige Gespräche zeigten auch, dass teilweise das Verständnis für strukturelle Benachteiligung von Frauen in der Wissenschaft noch ausbaufähig ist. Zur besseren Förderung der Gleichstellung sollten in den kommenden Ziel- und Leistungsvereinbarungen neben Kennzahlen zur Neuberufung von Frauen auf Professuren auch weitere Maßnahmen der Hochschulen entsprechend honoriert und zielgerichtet unterstützt werden. Eine zentrale Rolle zur Begleitung solcher Maßnahmen spielt das Thüringer Kompetenznetzwerk Gleichstellung. Die dort diskutierten Gleichstellungsstandards sollten dabei künftig nicht nur empfehlenden Charakter haben.

Sprache, die Gewalt erzeugt

Einen Ausbau der Beratungsstelle ezra in Thüringen hat die Sprecherin für Antifaschismus und Netzpolitik der Linksfraktion, Katharina König-Preuss, anlässlich des internationalen Aktionstages für Betroffene von Hasskriminalität am 22. Juli gefordert. „Abwertende Kommentare unter Online-Artikeln, Diffamierungen und Beleidigungen bis hin zu handfesten Drohungen gegen Menschen, die sich bspw. für Geflüchtete einsetzen oder öffentlich Position gegen die AfD beziehen, sind mittlerweile leider Normalzustand."

Gerade aus rechten Kreisen werden digitale Räume genutzt, um menschenverachtende Positionen in der Gesellschaft zu verbreiten und Stimmungen gegen Einzelpersonen und Gruppen zu erzeugen. „Mit gezielten Kampagnen werden Themen von rechts besetzt, menschenfeindliche Propaganda verbreitet und damit Gewalt erzeugt. Sprache ist ein Abbild unserer Realität. Wenn kontinuierlich Teile der Gesellschaft unwidersprochen herabgewürdigt werden, führt dies in der Konsequenz zur Legitimation von Gewalt ihnen gegenüber", so die Abgeordnete. Angriffe auf Geflüchtete und ihre Unterstützer*innen in den vergangenen Jahren zeigen ebenso wie der Mord an Walther Lübcke, wie kurz der Weg vom geschriebenen Wort zur Tat sei. Täter fühlten sich „motiviert, entsprechende Angriffe zu begehen, da sie sich als Vollstrecker eines vermeintlichen Volkswillens sehen".

„Angesichts des Ausmaßes der Enthemmung ist der Ausbau der Beratungsstelle ezra für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen dringend notwendig, um ein Monitoring und ein online- und offline-Beratungsangebot zu gewährleisten." Daneben bedürfe es aber auch einer deutlicheren Reaktion des Staates und seiner Sicherheitsbehörden.

„Hate Speech ist weder harmlos noch folgenlos für die davon Betroffenen. Es ist daher eine konsequente Strafverfolgung und genaue Erfassung seitens der Sicherheitsbehörden nötig", betonte Katharina König-Preuss. Ausweislich der Antworten auf ihre Kleinen Anfragen zum Thema wurden im vergangenen Jahr in Thüringen 264 Fälle der Hasskriminalität zugeordnet. Nicht explizit erfasst und aufgelistet wurden jedoch Fälle die gemeinhin als „Hate Speec" bezeichnet werden. Ebenso gebe es bislang keine gesonderte Zuständigkeit bei der Polizei oder Staatsanwaltschaft für diesen Bereich.

Zudem gelte es, die Schwelle für Anzeigen für Betroffene zu senken. Oftmals werde von Anzeigen abgesehen, weil dies viel zu aufwendig sei. Die zügige Umsetzung der in Aussicht gestellten Online-Wache der Polizei könne Abhilfe schaffen. Diese müsse schnell und unkompliziert die Polizei auf Hate Speech im Netz aufmerksam zu machen.

» Kunstrasenplätze

„Dass es über kurz oder lang auch eine Auseinandersetzung über die Kunstrasenplätze geben würde, war angesichts der gesellschaftlichen Debatte über Plastikmüll vorhersehbar. Die Bundesregierung hätte vorausschauend Ideen entwickeln müssen, wie den vielen Vereinen geholfen werden kann, ihre Sportstätten umweltgerecht umzugestalten. Die Krokodilstränen des Herrn Seehofer sind mehr als unehrlich", sagte der Sportpolitiker der Linksfraktion Knut Korschewsky.
Eine sechsjährige Übergangsfrist für den Umbau der Sportplätze auf alternative Möglichkeiten, aber ohne die komplette Übernahme der Kosten durch den Bund, hält der Abgeordnete für eine Farce.

» Demokratiepreis

Der Thüringer Demokratiepreis würdigt seit 2013 das Engagement der Menschen, die sich vor Ort mit einem hohen persönlichen Einsatz für eine aufgeschlossene und vielfältige Gesellschaft stark machen. Der Demokratiepreis ermutigt Menschen, sich mit kreativen Ideen für ein demokratisches Miteinander zu engagieren. Ausgezeichnet werden u.a. Vereine, Netzwerke, Initiativen und Einzelpersonen, die sich in ihrer Region beispielhaft einsetzten. Bewerbungen und Vorschläge bis spätestens 15. September an: Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, Referat 42 – Demokratiepreis, Werner-Seelenbinder-Str. 7, 99096 Erfurt, oder per E-Mail an info@denkbunt-thueringen.de.

» Mobilität

Laut Mitteilung des Landesamtes für Statistik besaßen 80,3 Prozent der Thüringer Haushalte nach ihren eigenen Angaben am 1. Januar 2018 einen PKW. 51 Prozent hatten ihr Fahrzeug aus zweiter Hand bezogen, während 36,8 Prozent ein neu gekauftes Auto besaßen. Mit einem Motorrad (einschließlich Mofa und Roller) sind 15 von 100 Thüringer Haushalten ausgestattet. Mindestens ein Fahrrad ist bei 69,2 Prozent vorhanden. Auch hier zeichnet sich ab, je größer der Haushalt, umso mehr Fahrräder sind vorhanden. Im Jahr 2012 wurde das Elektrofahrrad (Pedelec) auf dem deutschen Markt eingeführt. Bereits sechs Jahre später ist es in 4,9 Prozent der Thüringer Haushalte vorhanden.

Auslosung nach Frauen-WM-Wette

LINKE-Politiker*innen erspielten mehr als 4.000 Euro für Frauen- und Mädchenprojekte

Mit der Weltmeisterschaftswette „Raus aus dem Abseits! Rein ins Leben!“ wollten LinkspolitikerInnen nicht nur nur den Fokus auf den Frauensport lenken, sondern vor allem auch das Engagement von und für Frauen und Mädchen in Thüringen unterstützen.

Die Politiker*innen haben mehr als 4.000 Euro erspielt. Die Auslosung der Gewinnerprojekte hatten die Initiatorin und LINKE Landtagsabgeordnete Sabine Berninger, die Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow und die Thüringer Frauenministerin Heike Werner (LINKE) am 22. Juli vorgenommen. Der Erlös aus der Wette kommt drei von neun vorgeschlagenen Frauen- und Mädchenprojekten zugute: dem Frauenhaus Eisenach, dem Frauenzentrum Bad Salzungen und dem Erfurter Frauenzentrum Brennessel.

RegelschullehrerInnen

Besser besoldet

Der Thüringer Landtag hat beschlossen, die Besoldung von Regelschullehrerinnen und Regelschullehrern zu verbessern. „Wir machen damit den Lehrerberuf an Regelschulen deutlich attraktiver und schließen noch bestehende Gerechtigkeitslücken mit Blick auf die Besoldung von Lehrenden an Gymnasien“, würdigte der Bildungspolitiker der Linksfraktion, Torsten Wolf, die Regelungen des neuen Gesetzes.

Mit dem „Thüringer Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des Berufs des Regelschullehrers“ werden auch Erfahrungszeiten von Lehrkräften an Freien Schulen bei Einstellungen an staatlichen Schulen eins zu eins anerkannt und so die Lehrkräfte an freien Schulen denen an staatlichen Schulen gleichgestellt. „Dies ist ein weiterer Schritt, um eine bisher vorhandene Gerechtigkeitslücke zu schließen“, so der Abgeordnete.

Bereits zum 1. Januar 2018 war die Besoldung der Regelschullehrer von der Besoldungsgruppe A 12 auf die Besoldungsgruppe A 12 mit Amtszulage angehoben worden. In einem weiteren Schritt wird nun das Eingangsamt des Regelschullehrers auf die Besoldungsgruppe A 13 angehoben. Damit soll auch die Wettbewerbsfähigkeit Thüringens um die besten Lehrkräfte gestärkt werden. Der Gesetzentwurf wurde in der Landtagssitzung am 4. Juli mit großer Mehrheit angenommen. Die einzige Fraktion, die ihm nicht zustimmte, war die AfD.

„...das Moos zerstaubt“

Aus der Landtagsdebatte zur Situation in Thüringens Wäldern

Die sich dramatisch zuspitzende Lage in den Thüringer Wäldern stand am 3. Juli im Landtag während der Debatte zur Landesforstanstalt ThüringenForst im Mittelpunkt der Reden. Für die Linksfraktion hatte der Abgeordnete Tilo Kummer das Wort ergriffen und gesagt, dass „die Dramatik von Tag zu Tag zunimmt“.

Der Sprecher für Forsten der Fraktion DIE LINKE wohnt in Südthüringen und ist eng mit dem Thüringer Wald verbunden. Zu Beginn seiner Rede schilderte er, wie er am Tag zuvor eine umgestürzte Fichte heimholen musste: „Im Moment zerknirschen die Zapfen unter den Füßen, das Moos zerstaubt, obwohl es nass sein müsste. Und als ich den Baum aufgesägt habe: lauter Bohrlöcher des Borkenkäfers darin und die Borkenkäfer wimmeltenum mich rum, weil sie noch nach neuer Nahrung gesucht haben. Die Situation ist dramatisch. Und ich sage mal: Nicht jeder kümmert sich um seinen Wald, nicht jeder kann sich um seinen Wald kümmern. Und das ist genau der Grund für den jetzigen Gesetzentwurf, der Ihnen vorliegt.“

Das in erster und zweiter Lesung beratene und dann beschlossene Gesetz der Koalitionsfraktionen zur Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts ThüringenForst „ermöglicht hoheitliches Handeln von ThüringenForst, also das Entdecken von Forstschutzproblematiken. Dort, wo wir keinen Ansprechpartner haben, muss dann der Staat handeln“, betonte Tilo Kummer. Und dies sei leider bei 50.000 Hektar Wald in Thüringen so, „wo wir die Eigentümer nicht kennen, und das ist bei Waldbesitzern so, die aufgrund ihrer finanziellen Situation in einer Lage nicht mehr handeln können, in der ein Holzmarkt nicht mehr existiert“.

Birgit Keller, LINKE Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft , sprach von „bisher nicht gekannten Herausforderungen, die wir auch meistern können. Waldumbau ist die Aufgabe, die in den kommenden Jahren vor uns steht, und dieser Aufgabe werden wir uns mit all unserer Kraft, mit Millionen von Euro Förder- und Investitionsmitteln und natürlich auch dem Einsatz von vielen Tausend haupt- und ehrenamtlich Tätigen stellen müssen. Wir werden das sicher schaffen“.

Die Ministerin verwies auf die Stürme mit hohem Schadholzaufkommen. Im Jahr 2018 seien „eigentumsübergreifend bereits 800.000 Festmeter wertgemindertes Käferholz angefallen. Über alle Waldeigentumsarten hinweg ist von weiteren 2,5 bis 3 Millionen Festmetern Käferholz bis zum Jahresende 2019 auszugehen. Hinzu kommen bisher in dieser Form nie beobachtete flächige und rasant verlaufende Trockenheitsausfälle bei der Buche“.

Der wichtigste Hebel

Knut Korschewsky: „Guter Tourismus in Thüringen durch gute Löhne“

Aus einer aktuellen Anfrage von Sabine Zimmermann, Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, an das Bundesarbeitsministerium geht hervor, dass viele Menschen in der Tourismusbranche nicht ausreichend entlohnt werden. Knut Korschewsky, tourismuspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, sagte: „Guter Tourismus für Thüringen funktioniert dann, wenn Beschäftigte zufrieden und motiviert sind. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist die gerechte und gute Entlohnung im Tourismussektor, der in Thüringen einen der größten Wirtschaftsfaktoren ausmacht.“

Im Bereich der Beherbergung arbeiten mehr als 50 Prozent der Thüringer Beschäftigten für Niedriglöhne. In der Gastronomie sind es sogar mehr als 60 Prozent.

„Dem muss ein Ende gesetzt werden. Daher fordern wir eine Qualitäts- und Tarifoffensive für den Thüringer Tourismus. So würden endlich die Beschäftigten ausreichend in den Blick genommen. Ohne Gute Löhne werden wir dem Fachkräftemangel nicht beikommen, werden wir den Nachwuchs nicht ausbilden und folglich auch nicht für qualitativ hochwertige Angebote sorgen können“, betonte der LINKE-Landtagsabgeordnete Knut Korschewsky. Nach den jüngsten Auswertungen der Reiseanalyse 2019 zum Thüringen Tourismus ist das Interesse gestiegen, in Thüringen Urlaub zu verbringen. Dennoch sind die Ergebnisse des Qualitätsmonitors Thüringen (dwif) ernüchternd:

Die Zufriedenheit der Thüringen-Urlauber fällt mittelmäßig aus. Wesentliche Kritikpunkte sind die Vielfalt und Qualität des Angebots, die Unterkunft sowie Öffnungszeiten. Lediglich zehn Prozent wollen Thüringen nach einem Urlaub im nächsten Jahr wieder besuchen. „Rot-Rot-Grün hat mit der Thüringer Tourismusstrategie und der Wanderwegekonzeption wichtige Bausteine für eine positive Tourismusentwicklung gelegt. Doch die direkte Gästebetreuung und Qualität vor Ort können nur durch die Tourismuswirtschaft sichergestellt werden“, so der Landespolitiker.

Der wichtigste Hebel in diesem Zusammenhang sei „der direkte, freundliche und hilfsbereite Kontakt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit den Gästen“. Wenn andererseits die Beschäftigten endlich ordentlich bezahlt würden und die offenen Stellen auch besetzt werden könnten, würde sich das unmittelbar auf die Kundenzufriedenheit auswirken.

„Echte Erholung durch den kleinteiligen und sanften Tourismus ist in der heutigen Zeit besonders gut in Thüringen möglich. Dafür braucht es aber auch zufriedene und gut bezahlte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mindestens 12 Euro pro Stunde verdienen, damit sie überhaupt auch nur eine Chance haben, selbst einmal in den Urlaub fahren zu können“, unterstrich Knut Korschewsky.

Kein unerfüllbarer Luxustraum

Zuschüsse für Urlaub von Alleinerziehenden und ihren Kindern

„Erholungsurlaub darf kein unerfüllbarer Luxustraum sein“, so Knut Korschewsky, tourismuspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag,
Angesichts der Tatsache, dass besonders Alleinerziehenden eine Urlaubsreise häufig versagt bleibt hat der Tourismuspolitiker der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Knut Korschewsky, betont: „Erholungsurlaub darf kein unerfüllbarer Luxustraum sein.“

Im vergangenen Jahr konnten sich mehr als 30 Prozent aller Alleinerziehenden keinen Urlaub leisten. Und auch bei den Alleinstehenden ist es finanziell oft knapp: Fast jede vierte Person musste die Urlaubstage zu Hause verbringen. Die Zahlen werden bei einer jährlichen Befragung zu materieller Entbehrung bundesweit erhoben. In Deutschland hat sich die Lage demnach in den vergangenen Jahren nur langsam verbessert. 2014 waren noch 21 Prozent der Bundesbürger zu arm für eine Urlaubsreise, zuletzt immer noch 14,5 Prozent. Viele Bundesländer zahlen glücklicherweise Zuschüsse für z.B. Alleinerziehende: „In neun von 16 Bundesländern können Familien noch Individualzuschüsse zum Urlaub in gemeinnützigen Familienferienstätten beantragen, darunter ist auch Thüringen. Damit erhalten finanziell benachteiligte oder kinderreiche Familien die Möglichkeit, Erholungsurlaub zu machen, den sie sich sonst nicht leisten könnten. In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen gelten zudem besondere Förderbedingungen für spezielle Bildungsangebote“, fasste der Landtagsabgeordnete Knut Korschewsky zusammen.

„In Thüringen wollen wir sicherstellen, dass alle Menschen, die diese Unterstützung in Anspruch nehmen möchten, dies auch können“, so der Abgeordnete weiter. Nach Möglichkeit sollen diese Kapazitäten in der kommenden Legislatur ausgebaut werden. „Natürlich ist es vorrangig unser Ziel, alle Menschen in Thüringen in eine solche Einkommenslage zu versetzen, dass diese Unterstützungsangebote unnötig werden. Aber solange das noch nicht der Fall ist müssen wir die vorhandenen Thüringer Standorte in Oberhof, Uder, Bodenstein und Trusetal sichern sowie prüfen, ob wir dieses Angebot bei Bedarf tourismuspolitisch ausbauen“, sagt der LINKE-Politiker.

Paritätsgesetz

Nachtrag

Das jetzt vom Landtag beschlossene Paritätsgesetz schreibt eine fünfzigprozentige Quotierung von Landeslisten mit Frauen zur Landtagswahl fest. Bei Verstoß gibt es keine generelle Zurückweisung der Listen, sondern eine Nachbesserungsmöglichkeit und die Teilzulassung, soweit die paritätische Quotierung bei den Listenplätzen erreicht ist. Es gibt keine Ausnahmen vom Paritätsprinzip, weder für Parteien, die keine oder weniger als fünfzig Prozen Frauen in der Mitgliedschaft haben, noch bezogen auf die Programmatik. Die Parteien müssen sich um mehr Frauen bemühen.
Das Bundesverfassungsgericht hat eine Grundsatzentscheidung zur Einführung eines „dritten Geschlechts“ im Personenstandsrecht gefasst. Es Menschen, die sich - orientiert an medizinischen Kriterien – keinem der „klassischen“ Geschlechter eindeutig zuordnen lassen. Sie müssen sich bei einer Listenkandidatur nicht für einen „Frauen“- oder „Männer-Platz“ entscheiden. Vielmehr werden sie auf dem von ihnen ausgesuchten Platz bei erfolgreicher Abstimmung in das „Reißverschluss-Muster Frau/Mann“ eingeschoben.
Wollte man beim derzeitigen zwischen Verhältniswahl und Mehrheitswahl gemischten Wahlsystem die paritätische Quotierung für die Direktmandate zur Landtagswahl einführen, bedeutete das logischerweise die Halbierung der Anzahl der Wahlkreise von 44 auf 22, wenn man den Landtag nicht vergrößern will. Bei Umsetzung des Kandidaten-Modells von jeweils einer Frau und einem Mann pro Wahlkreis wäre ansonsten eine fünzigprozentige Aufstockung der „gesetzlichen“ Anzahl der Abgeordneten des Landtags von 88 auf 132 notwendig. Thüringen wäre dann eines der Länder mit der geringsten Anzahl an zu vertretenden Wähler*innen pro Mandat. In absoluten Zahlen wäre dieser Landtag gesetzlich noch um 12 MdLs größer als der von Baden-Württemberg (120 MdLs, aber bei ca. 10,8 Mio. Einwohner*innen). Weiterer Teil der Lösung wäre, dass die Kandidatin und der Kandidat von unterschiedlichen Parteilisten kommen können, also nicht als festes Tandem gewählt werden.
Für die jeweilige Direktkandidatin/Direktkandidaten würde dazu bei der Stimmenauszählung eine getrennte Rangliste erstellt. Gewählt wäre dann jeweils die Frau, jeweils der Mann mit der höchsten Stimmenzahl in ihrer „Platzzuordnungskategorie“. Diese Lösung ist nach dem Prinzip des vergleichbaren Stimmenwerts der einzelnen Stimmergebnisse verfassungsrechtlich geboten. Sinnvoll wäre dazu, dass es zukünftig zwei Wahlkreisstimmen gibt – und dazu noch die übliche Listen-Stimme. Damit hätte jede/r Wähler*in drei Stimmen.

Sandra Steck

Nebenbei notiert

Versorgungsauftrag

KOMMENTAR VON
MDL SUSANNE HENNIG-WELLSOW

Auch Thüringer Sparkassen haben eine Kündigungswelle von Altverträgen ausgelöst. Es geht um tausende Prämiensparverträge. Dies ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht der Kundinnen und Kunden, die der Sparkasse vertrauen, sondern schadet dem Ansehen des gesamten Sparkassensystems.
Allein die Wartburgsparkasse in Eisenach hat etwa 2.600 Kündigungen vorgenommen. Betroffen sind offenbar auch die Verträge von Sparkassen-Kundinnen und -Kunden in Erfurt, Weimar und Sömmerda. Bekannte Ausnahme bleibt bislang die Sparkasse Gera-Greiz. Die Sparkasse beruft sich auf ein Urteil des Bundesgerichtshofs vom Mai. Danach dürfen Banken angesichts der Niedrigzinsphase unter bestimmten Voraussetzungen kündigen.
Sie dürfen kündigen, müssen es aber nicht. Gerade die damals abgeschlossenen langfristigen Verträge waren für viele eine Absicherung im Alter. Man startete mit geringem Zinsniveau, das sich über die Jahre kontinuierlich steigerte. Wenn jetzt diese Verträge einfach abgestoßen werden, verlieren tausende Menschen in Thüringen eine Säule ihrer Vorsorgeleistung. Das führt zu Recht zu großem Unmut.
Sparkassen haben nach dem Thüringer Sparkassengesetz einen öffentlichen Versorgungsauftrag, der sich nicht an Renditeerwartungen orientiert. Dazu gehören die Förderung des Sparwillens und die Altersvorsorge. Das Agieren einzelner Sparkassen widerspricht diesem Versorgungsauftrag. Wir werden das Gespräch mit dem Sparkassen- und Giroverband suchen, um eine Lösung im Interesse der Sparer zu diskutieren, ohne dass der Bestand der Sparkassen gefährdet wird.

Immer auf dem Laufenden bleiben! Mehr Infos über die Arbeit unserer Landtagsfraktion finden Sie hier:

Parlamentsreport

Alle zwei Wochen erscheint der ParlamentsReport unserer Fraktion als Beilage zur Thüringer UNZ – Unsere neue Zeitung (www.unz.de). Darin finden Sie unsere wichtigsten Themen, aktuelle Gesetzesinitativen, Auszüge aus Landtagsreden, Berichte über Aktionen und Veranstaltungen, Hintergrundinformationen und vieles mehr. Online können Sie die aktuelle Ausgabe, sowie alle alten Ausgaben jederzeit im Internet nachlesen (www.die-linke-thl.de/nc/mediathek/parlamentsreport).

Web 2.0

Aktuelle Informationen über die Arbeit unserer Fraktion finden Sie auch auf www.twitter.com/Linke_Thl und bei www.facebook.com/linke.Thueringen, Videos von Reden und Aktionen bei www.youtube.com/Linksfraktionthl sowie Fotos unter www.flickr.com/linksfraktion-thueringen.

Video-Livestream

Einen Video-Livestream von den meist einmal im Monat stattfindenden Plenarsitzungen des Thüringer Landtages finden Sie während der Sitzungen auf unserer Webseite (www.die-linke-thl.de) und auf der Internetseite des Landtages (www.landtag.thueringen.de) eingeblendet. Dort finden Sie auch die Termine der Sitzungen.

Im Internet

Aktuelle Infos aus unserer Fraktion, Pressemitteilungen, die Kontakte zu unseren Abgeordneten, Termine, Reden und Anträge unserer Fraktion, Broschüren und Flugblätter sowie Hintergrundinfos zu unseren Positionen finden Sie im Internet unter www.die-linke-thl.de.

Rettungsanker für Vielfalt

Thüringer Gesetz zur Neuordnung des Naturschutzrechts

Der Thüringer Landtag hat mit dem „Thüringer Gesetz zur Neuordnung des Naturschutzrechts“ das Landesrecht an die veränderten bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen angepasst. Zu dem Beschluss vom 5. Juli hatten Abgeordnete der rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen Stellung genommen.

Das neue Naturschutzrecht schafft die Grundlage für eine Kompensationsverordnung und gibt eine Antwort auf den fortschreitenden Flächenverbrauch. Besonders hervorgehoben und damit vom Gesetzgeber betont wird der Vorrang von Entsiegelungsmaßnahmen bei Versiegelungen. Mit einem Vorrang von regionalen Flächenpools sichert die Novelle komplexe Kompensationen, entlastet Vorhabenträger und nimmt Druck von landwirtschaftlichen Flächen.

Gegen den Flächenfraß

Damit wird dem Flächenfraß in Thüringen wirkungsvoll entgegengetreten. Das generelle Verschlechterungsverbot für Natur und Landschaft wird mit der Novelle noch besser an die Praxis angepasst und der Vollzug der Eingriffsregelung modern ausgestaltet“, so Tilo Kummer, Linksfraktion. „Wir haben einen umfassenden öffentlichen und besonders langwierigen Beratungsprozess zum Abschluss gebracht“, freute sich die SPD-Naturschutzexpertin Dagmar Becker.

Natura 2000-Stationen verankert

„Thüringen schafft die Voraussetzung für schnellere Entscheidungen der Naturschutzverwaltung in der Praxis. Wichtiges Beispiel ist die Verankerung der Natura 2000-Stationen im neuen Gesetz. Mit dem seit 2015 eingerichteten Netz aus mittlerweile 12 Natura 2000-Stationen und einem Kompetenzzentrum unterstützt der Freistaat schützenswerte Lebensräume im Offenland und im Wald. Diese Sicherungsmaßnahmen sind angesichts von Artensterben und Klimawandel ein wichtiger Rettungsanker für die biologische Vielfalt in Thüringen.“

Roberto Kobelt von den Bündnisgrünen sagte: „Mit der Zugehörigkeit Thüringens zum Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen ist es nur folgerichtig, dass jetzt der Freistaat in Naturschutzgebieten und Nationalparks den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen generell verbietet. Damit bedarf es keiner Einzelfallregelung in jeder Schutzgebietsverordnung mehr. Angesichts der zugespitzten Lage um den Artenrückgang im Wechselspiel mit dem Klimawandel ist dauerhaftes Monitoring der Situation sehr wichtig. Hervorzuheben ist deshalb, dass künftig in einen ´Bericht über den Zustand und die Entwicklung der biologischen Vielfalt in Thüringen‘ der Status regelmäßig zur Verfügung gestellt wird.“

Schutz der Alleen

„Mit der Entscheidung für ein modernes Naturschutzrecht in Thüringen setzen wir den Koalitionsvertrag um und passen den Freistaat an wichtige Erfordernisse im Naturschutz an. Thüringen zeigt sich entscheidungsstark, unterstützt Entwicklungen wie die Ausweisung des Grünen Bandes als Nationales Naturmonument und trifft einen wirkungsvolleren Schutz seiner Alleen. Deshalb ist dies ein guter Tag für den Naturschutz in Thüringen“, fassten die naturschutzpolitischen Sprecher*innen der Koalitionsfraktionen ihre Genugtuung über den Landtagsbeschluss zusammen.

Einsatzkräften den Rücken gestärkt

Der Landtag hat am 4. Juni den Gesetzentwurf der rot-rot-grünen Koalition zur Änderung des Dienstrechts beschlossen. Dazu sagte Steffen Dittes, Innenpolitiker der Linksfraktion:

„Werden Beamte bei ihrer Tätigkeit attackiert und entsteht daraus ein Schmerzensgeldanspruch, den der Täter selbst nicht erfüllt, springt das Land Thüringen ein. Damit wird sichergestellt, dass geschädigte Beamte in jedem Fall gerichtlich zuerkanntes Schmerzensgeld erhalten. Der öffentliche Dienst und die öffentliche Verwaltung sind dafür da, das Alltagsleben in einer Gesellschaft, von der Schule über die öffentliche Sicherheit bis zur Müllabfuhr, sicherzustellen. Deshalb braucht es auch hier Arbeitsbedingungen und optimalen Gesundheitsschutz.

Zu den weiteren Teilen des Gesetzespaketes gehört die Einführung einer Wahlfreiheit für Beamtinnen und Beamte bei ihrer Krankenversicherung zwischen pauschaler und individueller Beihilfe. Künftig erhalten auch Beamte, die sich gesetzlich versichern lassen wollen, einen pauschalen Zuschuss, der dem des Arbeitgeberanteils entspricht. Damit entlasten wir vor allem Beamte mit Kindern oder auch Beamte mit Vorerkrankungen. Für die LINKE ist das ein erster Schritt auf dem Weg zu einem Gesamtsystem einer sozialen Versicherung, an der sich alle Beamten, Abgeordnete, Selbstständige etc. beteiligen.“

Impressum HERAUSGEBER: Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt | REDAKTION: Annette Rudolph (V. i. S. d. P.), Telefon: 0361 377-2325, Fax: 0361 377-2321, E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de, Internet: www.die-linke-thl.de | Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des »Parlamentsreports« keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. | GESTALTUNG: Uwe Adler, Weimar, www.facebook.com/gestaltunguweadler